

Vorlage Nr. 101.17.380

Kassel, 29. Februar 2012

Neubau des Brüder-Grimm-Museums – den Standort Grimmplatz prüfen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr und in den Ausschuss für Kultur

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, alle weiteren Planungen und die Vergabe von Aufträgen für einen Neubau des Brüder-Grimm-Museums auf dem Weinberg auszusetzen bis zu einer Entscheidung der Hessischen Landesregierung über eine Aufgabe der Neubaupläne für ein Justizzentrum an der Wilhelmshöher Allee neben dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich bisher für einen Neubau des Brüder-Grimm-Museums auf dem Weinberg ausgesprochen und den Magistrat ermächtigt, Baurecht zu schaffen und die Planung und Entwicklung dafür voranzutreiben.

Ausgangspunkt für die bisherigen Beschlüsse war die Vorgabe, dass das Land Hessen die Räume des Verwaltungsgerichtshofes und das angrenzende Gelände für den Aus- und Neubau eines Verwaltungsgerichtszentrums benötige.

Wie nunmehr bekannt geworden ist, erwägt die Hessische Landesregierung einen Ausbau an dem vorgesehenen Standort zu unterlassen und die mit Millionenaufwand im Gebäude des Bundessozialgerichts renovierten, aber leerstehenden Räume des ehemaligen Bundesarbeitsgerichts an der Heerstraße und eventuell benachbartes Gelände der Bundespolizei für den geplanten Zweck zu nutzen.

Unter dieser Voraussetzung würde die Landesimmobilie am Brüder-Grimm-Platz einschließlich der Torwache zur Nutzung für ein Brüder-Grimm-Museum frei. Dort erhielte ein Brüder-Grimm-Museum die für Kassel mögliche beste Lage. Insoweit die bisherigen Räume des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes nicht für Ausstellungsräume nutzbar wären, wäre dafür die jetzige Freifläche daneben bebaubar.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender